

Raffaener Botte

Anzeigenpreis:
Die beidseitige Seite 20 Pfg. Geschäfts-
anzeigen, Wohnungs-, Klein- und Stellen-
anzeigen aus dem engsten Vertriebsbezirk
15 Pfg. Restanten 40 Pfg.
Anzeigen-Annahme:
Für die Ausgabe bis 5 Uhr am Vorabend.
Nachlag nur bei Wiederholungen und
pünktlicher Bezahlung.
Geschäftsstelle: Diezstraße 17.
Postfach 12382 Frankfurt a. M.

Verantwortlich: Dr. Albert Sieber. — Notationsdruck u. Verlag des Limburger Vereinsdruckers, G. m. b. H. : J. Beder, Director, alle in Limburg.

Nr. 219.

Limburg a. d. Vahn, Donnerstag, den 20. September 1917.

48. Jahrgang.

Schwere Unruhen in Italien.

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 19. Sept., abends. (WB.) Amlich.
Der Artilleriekampf in Flandern dauert an.
Sonst nichts Wesentliches.

Wiener Tagesbericht.

Wien, 19. Sept. (WB.) Amlich wird ver-
lautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Beiderseits des Dniepr-Tales haben wir starke
militärische Angriffe abgelehnt. Durch raschen
Gegenschlag wurde der an einigen Stellen einge-
drungene Feind völlig geworfen. Seine Verluste
sind erheblich.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Bei der Heeresgruppe des Feldmarschalls Frei-
herr von Courmairault führte der zur Wiedererwin-
nung des verlorenen Gebiets angestrebte Gegenangriff
zu vollem Erfolg. An Gefangenen wurden hier
1 Offiziere und über 300 Mann eingebracht.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Chef des Generalstabes.

Telegramme an den Kaiser

Stießen die Bürgerschaften und Vereine in Gra-
den, Wiesel, Münster, Köln usw., in denen
wegen Wilsons Annahme scharf protestiert wird.
Der Kaiser dankte im Depeschen, die deutschen
Friedenswillen und deutsche Invidität und Einig-
keit rühmen.

Was geht in Italien vor?

„Matin“ meldet aus Rom, daß Nachrichten über
Borgungen in Oberitalien die Reise des Königs
aus dem Hauptquartier nach Rom notwendig
gemacht haben. Unter Vorbehalt des Königs habe der
italienische Ministerrat getagt. Der Eisen-
bahnverkehr von Rom nach Oberitalien ruht.

Italiens Not.

Kriegszustand in ganz Oberitalien.

Wie die offizielle Agenzia Stefani meldet, wur-
den durch ein Dekret vom 18. September die Pro-
vinzen Alexandria, Genua und Turin angelehnt
des militärischen Charakters in die Kriegszone
einbezogen. Der „Avanti“ wurde für alle Ita-
lienischen Truppen verboten.

Zu den Turiner Unruhen

Schreibt Hans Barth im „Berliner Tageblatt“
über das müde Italien: „Die italienische
Kriegspresse, die sich sonst in pathetischen Schlach-
tensingen nicht genug tun kann und tagtäglich über-
flutet von Hymnen auf die Siege Cadorna und
die Ruhmestaten des italienischen Heeres, bricht
jetzt davon, daß der Geist der Revolution durch das
Land schreie und seine Stunde gekommen glaube
und daß der innere Feind seine Generaloffensive
gegen Krieg und Vaterland eröffnet habe.“ Die
Berliner „Vorzeitung“ glaubt aber, es könne
nicht genug von der falschen Deutung ge-
sagt werden, als ob die italienischen Zustände eine
gewaltsame Lösung bereits entgegen-
stehen.

Revolte in Mailand?

Mailand, 19. Sept. Nach den neuesten
Nachrichten von der italienischen Grenze herrscht
in Mailand seit vorgestern Revolution, jedoch die
Sperrung der Grenze eine natürliche Erklärung
findet. Es sollen erbitterte Straßenkämpfe statt-
gefunden haben.

Die Wahlen in Schweden.

Nach den bis Dienstag nachmittag in Berlin
vorliegenden Nachrichten aus Stockholm haben die
schwedischen Reichstagswahlen eine Verschiebung
von zwölf bis vierzehn Monaten Mandaten zugun-
sten der linksstehenden Parteien gebracht. Die
bisherige Regierungsmehrheit wird da-
durch vermindert, jedoch nicht be-
seitigt.

Der Papst an die Herrscher.

Die „Italia“ schreibt, der Papst habe in Ver-
folgung seiner letzten Friedensnote an die Herr-
scher aller kriegführenden Länder Sandbriefe
verrichtet. Auch sei es gelungen, die Unterstützung
einer großen neutralen Macht für den kommenden
Vorschlag des Heiligen Stuhls zu gewinnen.

Die Ueberreichung der Antwort an den Papst.

Wien, 19. Sept. Die Antwort der Mittelmächte
auf die Papstnote wird am 20. September ge-
schickt werden.

Gestige französische Sturmangriffe östlich der Maas gescheitert.

Schwere Verluste der Franzosen.

16 feindliche Flugzeuge abgeschossen.

Deutscher Tagesbericht.

WB. Großes Hauptquartier,
19. Sept. (Amlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern war zwischen dem Hou-
thouster-Wald und der Lys gestern den ganzen
Tag über der Artilleriekampf gesteigert. Das
Zerstörungsfeuer der feindlichen Batterien,
denen unsere starke Gegenwirkung sichtlich Ab-
bruch tat, lag wieder in heftigsten Feuerwellen
auf unserer Abwehrzone. Abends und heute
morgen gab der Feind mehrmals Trommel-
feuer, ohne daß Infanterieangriffe folgten.

Bei Lens und St. Quentin herrschte leb-
hafte Gefechtsaktivität.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nordöstlich von Soissons am Aisne-Marne-
Kanal und westlich der Snippes-Niederung
bekämpften sich die Artillerien zeitweilig unter
starkem Munitionseinsatz.

Auf dem Ostufer der Maas brachen
die Franzosen nach kurzer, kräftiger Feuer-
vorbereitung westlich der Straße Beaumont-
Vacherauville in drei Kilometer Breite zum
Angriff vor.

Die erste, in unserer Abwehrfeuer schnell
brechende Sturmwalde des Feindes wurde von
den tiefgegliederten folgenden Reserven zu er-
neutem Angriff vorgegriffen. Auch dieser starke
Stoß kam im Feuer und Nahkampf zum
Scheitern. In den zurückstehenden Haufen
sah unsere Artillerie besonders lohnende Ziele.
Der Tag hat die Franzosen besonders hohe

Das englische Friedensbedürfnis.

Der „Manchester Guardian“ schreibt nach einer
Notterdamer Meldung von den Gerüchten von ei-
nem Entgegenkommen Deutschlands in der belgi-
schen Frage: Die Gerüchte sind vorläufig unbe-
stätigt, aber die große liberale Partei Englands
ist der Ueberzeugung, daß es außer Belgien keine
Hindernisse zu einem Friedensschluß geben darf.
Wenn Deutschland über Belgien andere Ansichten
hat, als wir bisher annahmen, so ist die Mög-
lichkeit nicht ausgeschlossen, daß die Welt vor einem
neuen Winterfeldzug bewahrt werden kann.

Ein japanischer Kreuzer gesunken.

Karlshafen (Baden), 19. Sept. Die Petersbur-
ger Telegrammenagentur meldet aus Tokio: Der
japanische Panzerkreuzer „Otoro“ ist gesunken.

„Otoro“ ist 1903 vom Stapel gelaufen, hat
2050 Tonnen, 10 000 Pferdestärken, läuft 21 Knoten
und hat 340 Mann Besatzung. Seine Bewä-
hrung waren zwei 15,5-Zentimeter-, sechs 12-Zenti-
meter-, vier 7,6-Zim.-Kanonen, zwei Maschi-
nengewehre und zwei Torpedolancierrohre.

Das erste Verhör Kornilow.

Amsterdam, 19. Sept. Aus Moskau be-
richtet Reuter: Kornilow und 23 Generale und
Offiziere, die dem Generallandstisch Alexejew im
Dach geleistet worden sind, befinden sich in einem
Hotel, das streng bewacht wird. Das Verhör Kor-
nilow wird heute zu Ende geführt werden. Der
frühere Oberbefehlshaber schrieb selbst keine Aus-
sage nieder. Die Garnison von Moskau erklärte
den Regierungsvorstreitern, sie habe an der Reu-
terei nicht teilgenommen und ersuche darum, nach
der Front oder nach Saloniki geschickt zu werden.
Amsterdam, 18. Sept. Reuter meldet aus
Petersburg vom 18.: Heute nacht sind Kerenski,
Werschowski und Werchowskij nach dem Großen
Hauptquartier abgereist.

Die preussische Wahlrechtsreform.

Berlin, 19. Sept. In diesen Tagen werden Be-
sprechungen zwischen dem neuen Minister des In-
nern v. Drews und dem Führer der Reichstags-
fraktionen (1) stattfinden. Es liegt auf der Hand,
zu vermuten, daß diese Besprechungen den in eini-
gen Wochen beginnenden neuen Landtagsverhand-
lungen und ihrem Hauptstück, der preussischen

Verluste gestiftet, ohne ihnen den geringsten
Vorteil zu bringen.

Gestern sind 16 feindliche Flugzeuge zum
Absturz gebracht worden.

Vizefeldwebel Thom schloß drei, Leutnant
Thuy zwei Gegner ab.

Ostlicher Kriegsschauplatz

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Bei Danaburg und im Bogen von Zugl
hat die Feueraktivität der Russen merklich
zugenommen.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef.

Starke Angriffe der Rumänen richteten
sich gegen unsere Höhenstellungen südlich des
Dniepr-Tales. Der südlich von Groteski an-
fänglich eingebrochene Feind wurde durch
kräftigen Gegenstoß geworfen, im übrigen
schon durch Feuer abgewiesen und büßte außer
blutigen Verlusten zahlreiche Gefangene ein.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen

Bei Barnita und Munchelul wiederholten
rumänische Truppen ihre Angriffe, die ihnen
erneut einen Mißerfolg brachten.

Mazedonische Front.

Im Bogen von Monastir und in der
Enge zwischen Prespa und Ochrida-See ver-
stärkte sich die Infanterietätigkeit.

Ostlich des Dobruja-Sees kam es zu
Postengefechten, in denen die Bulgaren eng-
lische gemischte Abteilungen vertrieben.

Der 1. Generalquartiermeister.
Lubendorff.

Wahlrechtsvorlage, gelten werden. Entsprechend
dem Juli-Erlass des Königs wird die Wahlrechts-
vorlage das allgemeine, gleiche und direkte Wahl-
recht ohne jede Einschränkung, eine neue Wahl-
kreisinteilung für das Abgeordnetenhaus und
außerdem eine Reform des Herrenhauses ent-
halten. (Frankf. Ztg.)

Nach Mitteilung der „liberalen Korrespondenz“
wird die Wahlrechtsvorlage dem preussischen
Abgeordnetenhaus noch im Laufe des
Oktober zugehen.

Sonderbar ist, daß der preussische Minister
des Innern mit den Führern der Reichstags-
fraktionen über die preussische Wahlreform
verhandeln soll, als ob der Reichstag nach der Ver-
fassung in der Sache zuständig wäre, was doch nicht
der Fall ist, und als ob es gar keinen preussischen
Landtag mehr gäbe. Selbstverständlich seit der
Jug. Demokratisierung!

Moskau als Hauptstadt Russlands.

Die „Rdn. Ztg.“ meldet aus Kopenhagen: Ein
Telegramm aus Petersburg teilt mit, daß nach
neuen Erwägungen nun doch Moskau Sitz der
Regierung werden soll. Was ist bereits auf der
Suche nach Lokalen für die verschiedenen Zweige
der Regierungslleitung.

Kerenski's Maßnahmen.

Die Section des ausführenden Zentralkomitees
für nationale Verteidigung arbeitet ein Pro-
gramm zur Bewaffnung der Arbeiter in Peters-
burg aus. Die provisorische Regierung und das
Militärkomitee sollen die Leitung dabei überneh-
men. Es sollen nur jene Arbeiter Waffen erhalten,
die von den Arbeiterorganisationen empfohlen
werden.

Die Räumung von Petersburg.

Alle in der Umgebung von Petersburg wohn-
haften Engländer wurden von der englischen Ge-
sellschaft aufgefordert, sich zur Reise bereit zu halten.
Täglich verlassen 12 000 Menschen Petersburg.
Außerdem wurden noch fünf Extrazüge zur Eva-
kuation Petersburgs eingeschoben. Spekulanten
verkaufen Eisenbahnplätze bis zum fünffachen Ge-
winn. Alle fremdschiffen Schiffe aus Gorkadala wur-
den zur Ueberföderung der Petersburger Bevölke-
rung beschlagnahmt.

Der erste Schritt, den die neue Regierung machen
wird, ist, wie aus zuverlässiger Quelle erfah-

ren, die definitive Auflösung der dritten Reichs-
duma, weil sie sich als Antikörperin von Kornilow
auspragte und als Herd der Gegenrevolution kom-
promittiert hat. Es verläutet Kornilow sei ver-
haftet worden.

Wilson's Ausfuhrverbote.

Büch, 18. Sept. Londoner Zeitungen be-
stätigen die Meldung, daß Amerika beschloffen hat,
vom 20. September an keine Ausfuhr be-
willigungen für die folgenden Länder zu er-
teilen: Deutschland, inbegriffen Kolonien, Be-
setzungen und Protektorate, Österreich-Ungarn,
Albanien, das besetzte Belgien, Bulgarien, Spa-
nien, Dänemark (inbegriffen Kolonien, Protek-
torate und Besitzungen), Griechenland, Holland,
Luxemburg, Norwegen, Schweden, Schweiz und
Türkei. Ein direkter amerikanischer Bericht liegt
darüber noch nicht vor.

Die Unruhen in Italien.

Von der italienischen Grenze wird nach Büch
gemeldet: Reisende aus Venedig berichten, daß
vor 14 Tagen in Venedig die Protrationen
nur noch zur Hälfte geliefert werden konnten.
Auf dem Markusplatz haben am 6. September
schwere Ausschreitungen des Volkes
stattgefunden, bei denen es Tote und Verwundete
gab.

In Mailand sind bereits anfangs Septem-
ber 33 Prozent aller Industriebetriebe wegen
Kohlenmangels geschlossen worden.
Die Schließung der Fabriken hat die revolutionä-
ren Aufstände der Arbeiterschaft veranlaßt.

Ein englischer Fühler

soll nach dem Verl. Lokalan, tatsächlich ausge-
streckt worden sein, um in Berlin hinsichtlich der
belgischen Frage zu sondieren. Es soll
sich um den Austausch des belgischen Hauptpfandes
gegen die deutschen afrikan. Kolonien handeln.

Die Annullierung der Geheimverträge.

„Daily Mail“ meldet aus Petersburg: Das
Direktorium der Republik Rußland hat dem Ar-
beiter- und Soldatenrat die Annahme seines Be-
schlusses vom 15. September mitgeteilt, der die
Annullierung aller Geheimverträge und einen
demokratischen Frieden verlangt.

Nach einer Monogamie.

„Betit Journal“ meldet, daß unter starker
Mitwirkung der Bundesgenossen ein neuer Versuch
zur Verbesserung der Monogamien unternom-
men wird. Gründe militärischer wie innerpoliti-
scher Art drängen die militärische Lage Italiens
zu einer Entscheidung.

Anfragen im Reichstage.

Berlin, 18. Sept. Dem Reichstag sind eine
Reihe kleiner Anfragen zugegangen. Der Abgeor-
nete Dr. Müller (Weimern) fragt, was gegen
die Bewaffnung des Volkes durch die hohen
Preise für Gelbmetalle getan wird; es würden für
Goldschmelzen in Gestalt von Goldbarren 500 bis
600 Prozent genommen. Derselbe Abgeordnete
fragt nach Maßnahmen der Reichsleitung, um
dem deutschen Volke die unbedingt notwendige
Versorgung mit Schuhmaterial zu ermöglichen.
Abgeordneter v. Schulze-Gövernitz er-
bittet eine Erklärung darüber, daß der Flieger-
schaden aus der Reichskasse voll vergütet werde.

Die Tagung des preussischen Landtags.

Die „Post. Ztg.“ schreibt: Der preussische Land-
tag ist bekanntlich im Mai bis zum 9. Oktober
verlagert worden. Inzwischen sind alle Parteien mit
dem Wunsch hervorgetreten, die Verhandlungen des
preussischen Abgeordnetenhauses erst acht Tage
später beginnen zu lassen. Das Staatsministe-
rium hat sich daraufhin bereit erklärt, in diese Ein-
ausgleichung zu willigen. Welche Gegenstände in
der so hinausgezogenen Session zur Verhandlung
gebracht werden, steht, abgesehen von der Wahl-
rechtsvorlage und dem Wohnungsgesetz, noch nicht
fest. Vermutlich findet in der nächsten Zeit eine
Besprechung unter den Fraktionsvorsitzenden bei
dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses statt.

Die Landtagsfraktion der Fortschritt-
lichen Volkspartei tritt am Donnerstag dieser
Woche, abends 7 Uhr, zu einer Sitzung zusammen.
Der neue Reichsminister für Reichsausschüsse,
Berlin, 19. Sept. Dem Vernehmen nach soll die
Volkspartei, zufolge ist zum Präsidenten der Reichs-
regierung der bisherige Reichsausschuss im
Ministerium des Innern, Geh. Oberregierungsrat
v. Grünig, ernannt worden. Der neue Regie-
rungspräsident steht im 60. Lebensjahre und ist
der Sohn eines hessischen Senators. Er ist
evangelischer Konfession. Seine Aus-
bildung hat er bei Gerichts- und Verwaltungsbe-
hörden der Provinz Hannover erhalten und nach
Abschluß der großen Staatsprüfung zunächst bei
der Bremer Handelskammer und beim Norddeut-
schen Lloyd gearbeitet. Im Jahre 1899 wurde er
Regierungsdirektor in Schleswig, im Jahre 1902
Landrat in Gelnhausen; im Jahre 1910 wurde
er in das Ministerium des Innern berufen.

Der 4. Kriegswinter

nicht bereit. In stählerner Entschlossenheit sehen Deutschlands Heere im Feld und in der Heimat auch dieser neuen Prüfungszeit entgegen in der Hoffnung, daß sie uns endlich den ersehnten Frieden bringt.

In stolzer Zuversicht können wir auch dem kommenden Winter dank der glücklichen Kriegslage entgegengehen. Im Westen steht unsere Mauer aus Stahl und Eisen unerschütterlich. Im Osten haben die Lage von Czernowitz und Riga die angeschwächte Schlagkraft unserer Heere aufs neue glänzend bewiesen. Rußland zerfällt sich in inneren Kämpfen. Englands Seeherrschaft sinkt dank der unermüdbaren Arbeit unserer U-Boote täglich mehr zusammen. Schon sieht dem folgen die Absonderung des Ganges an der Röhre.

Auch die innere Lage wird in nächster Zeit wichtige Entscheidungen bringen. Die Bestrebungen zur Demokratisierung Deutschlands nehmen allmählich ungeheure Dimensionen an. Der Kampf um das deutsche Wahlrecht mit all seinen Wirkungen erfordert die größte Aufmerksamkeit aller Staatsbürger. Es sei nur auf die Einwirkungen der bevorstehenden Reform auf das kirchenpolitische Gebiet und die Schule hingewiesen.

Wer sich über diese vier Generationen wichtige Entscheidungen ein richtiges Bild machen will, kann eine gut orientierte Zeitung nicht entbehren. Ja, es ist geradezu staatsbürgerliche Pflicht für alle, die an dem äußeren und inneren Ausbau unseres Vaterlandes mitarbeiten wollen — und mitarbeiten sollten alle ohne Ausnahme — sich über alle Vorgänge auf dem Laufenden zu halten.

Der Nassauer Bote

wird wie bisher so auch in Zukunft sowohl auf dem Gebiete der äußeren wie der inneren Politik eine mannhaftige Haltung bewahren. Bewußt der Verantwortung gegenüber dem Vaterland und der Öffentlichkeit wird er getreu der Botschaft für Wahrheit, Freiheit und Recht sein Urteil bilden und die kommenden Ereignisse unter dem Gesichtswinkel der vaterländischen Notwendigkeiten betrachten.

Allen denjenigen, welche die gleiche Botschaft zu wandeln gedenken, sei deshalb der Bezug der Zeitung, die daneben noch unsere nassauischen Verhältnisse besonders beachten wird, aufs wärmste empfohlen. Jeder Briefträger und jede Postanstalt nehmen Bestellungen entgegen.

Weiter mußte bei der schlechten Lage, in der sich das Zeitungsgewerbe infolge des Krieges befindet, insbesondere wegen der gewaltig gestiegenen Papierpreise, ab 1. Oktober eine Erhöhung des Bezugspreises um 10 Pfg. den Monat eintreten, so daß die Zeitung nunmehr monatlich 80 Pfennig kostet. Die meisten anderen Provinzialblätter haben einen entsprechenden Aufschlag schon vor einem Vierteljahr eintreten lassen und kosten auch heute noch erheblich mehr als der Nassauer Bote. Wir bitten unsere Leser auch dieses kleine Kriegsoffer geduldig zu tragen, das sich beim besten Willen nicht vermeiden ließ.

Gedruckt u. Verlag des Nassauer Boten.

+ Die siebente Finanzschlacht.

Von Rudolph Strauß.

Deutscher, willst du den Frieden?

Den nahen, den guten, den sicheren Frieden?

Dann zeichne Kriegsanleihe!

Kriegsanleihe ist Kriegsanleihe!

Siegeanleihe ist Siegeanleihe!

Wir schlagen die Schlacht der siebenten Kriegsanleihe gegen den Feind, aber für den Frieden!

Für den Frieden, den wir brauchen, den wir noch nicht kennen, aber zwischen dessen Zeilen es überall in Flammenlettern leuchtet wird: Deutschland ist unüberwindlich! Unbesiegt in Wehr und Waffen wie in Geld und Gut! Unerschütterlich im Heldennut draußen wie im Opfermut daheim!

Die Stunde, wo wir diese schon überall dämmernde Erkenntnis dem Reuten unserer Feinde ins Hirn gehämmert haben, ist zugleich die Stunde des Friedens! Ist die Stunde, wo die Welt in Waffen wider uns sich jähnebrechend eingestellt: Ein Volk, das derart draußen sein Blut, derart daheim sein Gut freudig für das Vaterland hingibt, kann auch von uns elendlichen Millionen Menschen nicht niedergedrungen werden! Es ist verlorenes Gessensmüß, sich weiter an ihm den Kopf zu zerbrechen! Es hilft nichts: Wir müssen Deutschland geben, was Deutschlands ist! Wir müssen Deutschlands Dasein anerkennen, sein Recht und seine Macht!

Dieses Eingeständnis erreichen wir beim Feind nicht durch Worte. Wir erreichen es am wenigsten durch inneren Hader. Wir erreichen es nur durch die entrüstete, legende Tat.

Die siebente Tat heißt draußen: Kämpfen! Die siebente Tat heißt daheim: Zahlen!

Zahlen sind die Sprache, die unser Feind der Feinde, der Dannerträger des feindlichen Kriegswillens, der Angeschuldete, versteht! Er kämpft so sehr im Krieg aus notwendigen Heere aus dem Boden, aber seinem inneren Wesen nach kämpft er mit Geld, mit Geld, mit Geld, mit Geld. Er mag durch die deutsche Faust noch so viele Niederlagen auf dem Schlachtfeld und auf den Wogen erleiden, seine Panzerwagen mögen an unseren Fronten zerbrechen, an seine Panzerfahrzeuge daheim wird er trotzdem glauben! Dem sittlichen Hochgefühl unserer Friedensangebote steht er verständnislos gegenüber. Über Zahlen machen auf ihn Eindruck, denn er rechnet nur einmal mechanisch mit Zahlen. Je größer die deutschen Zahlen, desto größer die Wirkung auf den feindlichen Erbfeind, desto härter der deutsche kalte Wasserstrahl in dem Weltbrand, desto näher der Tag, wo unter Verteidigungswille sich endlich auch in den Friedenswillen beim Feinde wandelt.

Dieses durch nichts zu bewirkenden, durch nichts zu ersühnenden Verteidigungswillens müssen wir in den nächsten Wochen unter dem Schlagwort: „Auch die deutschen Schatzgruben des Geldes sind nicht zu durchbrechen!“ in der siebenten Finanzschlacht, wie schon sechsmal vorher, zum Siege tragen!

Das ist in diesen Tagen die weltgeschichtliche Aufgabe des vom Schicksal zum Höchsten, was je auf Erden leisteten, auserwählten deutschen Volkes. In ihr sind wir alle einig. Da brauchen wir uns nicht zu streiten, was wir im kommenden Frieden in Deutschland so oder so haben wollen. Da streiten wir erst einmal für den Frieden selbst!

Denn nochmals: Unsere Kraft wohnt nicht nur beim Heer, bei Flug und Kanonen und im Ohr des Kriegesängers. Sie wohnt auch im Geldbeutel. Der offene Geldbeutel ist Sinnbild der offenen Hand. Die offene Hand ist das Zeichen des offenen Herzens, das für das Vaterland schlägt. Man nennt es bei uns schon einen Opfertag, wenn wir auf der Straße für zehn Pfennig eine Hindenburg-Briefmarke kaufen oder für eine Mark Eintrittsgeld den Weisen einer Musikkapelle lauschen. Aber ein größerer und längerer Opfertag sollen die nächsten vier Wochen für das deutsche Volk sein. Oder auch nur eine einzige Stunde, in der ein jeder unter uns sich fragt: Was kann ich noch hergeben, um dafür Kriegsanleihe zu

wenn der im § 2 Abs. 2 vorgeschriebene Nachweis vorgelegt wird.

Der Kartoffelbezugschein berechtigt innerhalb des Kreises in jeder Gemeinde zum Bezug der in ihm bezeichneten Mengen. Für außerhalb des Kreises wohnende Bezugsberechtigte werden die Bezugscheine auf einen bestimmten Kartoffelerzeuger ausgestellt.

Der Käufer hat beim Empfang der Kartoffeln auf der Rückseite des Scheines den Namen und Wohnort des Verkäufers einzutragen, den Empfang der Kartoffeln durch Namensunterschrift zu bescheinigen und den Schein an den Verkäufer zurückzugeben. Der Verkäufer hat den Bezugschein zwecks späterer Anrechnung spätestens innerhalb acht Tagen nach der Lieferung an die Ortsbehörde seiner Wohnortsgemeinde abzugeben.

Kartoffellieferungen, die unmittelbar aus dem Verbraucher erfolgt sind, können dem Kartoffelerzeuger nur dann angerechnet werden, wenn er einen ordnungsmäßig ausgestellten Bezugschein der zuständigen Ortsbehörde abgibt.

Ueber die ausgestellten, sowie über alle der Ortsbehörde abzugebenden Bezugscheine sind Listen nach dem vom Kreisamtschef vorgeschriebenen Formulareitens der Ortsbehörde zu führen.

§ 6. Über Kartoffelerzeuger ist verpflichtet, soweit er noch Abzug der in § 3 genannten Mengen in der Lage ist, an jeden Verbraucher gegen Vorlage eines ordnungsmäßig ausgestellten Bezugscheins unmittelbar Kartoffeln zum jeweils am Tage der Lieferung geltenden Höchstpreis gegen Vorzahlung zu liefern.

§ 7. Jeder Bezugsberechtigte (Privatpersonen, Anstalten, Vereinskassen, Genossenschaften u. a.) hat seinen Jahresbedarf, soweit dieser nicht durch unmittelbaren Bezug von dem Erzeuger auf Grund eines Bezugscheins gedeckt werden kann, bis zum 15. Oktober 1917 bei der Ortsbehörde seines Wohnortes anzumelden. Letztere hat den Bedarf innerhalb der Gemeinde festzustellen und einen einmaligen Höchstbedarf bis zum 25. Oktober 1917 bei dem Kreisamtschef anzumelden.

§ 8. Die Ortsbehörden sind für die Versorgung der Gemeindeglieder mit Kartoffeln, soweit diese ihren Bedarf nicht unmittelbar vom Erzeuger beziehen, innerhalb der zulässigen Grenzen verantwortlich. Sie haben, soweit nötig, die ordnungsmäßige Einlagerung der Kartoffeln zu überwachen und sohlungsunfähigen Verbrauchern den Bezug durch Stundung oder teilweise Abzahlung zu erleichtern. Zur Deckung der Unkosten (Kosten der Einlagerung u. a.) können die Gemeinden auf den Zentner der von ihnen vermittelten Kartoffeln einen Zuschlag von 10 Pfg. zum Höchstpreis erheben.

gekümmert? Was kann ich noch entbehren, um mein Scherlein dem Vaterlande zu bringen — nicht mit dem Stolz des Geredeten, sondern als meine ganz persönliche Pflicht und Schuldigkeit.

Wer so in diesen kommenden Tagen die Worte aufmachet, der macht, für sein Teil, das Tor des Friedens auf! Nicht die Werten jenes verlassenen Kampels im Haag, den nach dem Geist des Erz-Königs, ein Dollarjäger baute. Nein: der wahre Friedensstempel wird sich nach dem Krieg über der Menschheit wölben, getragen von siegender deutscher Kraft im Krieg und segnender deutscher Gesittung im Frieden. Denn wir Deutsche haben den Krieg nie gewollt. Wir kämpften und kämpfen nur zur Verteidigung. Wenn künftig aus Furcht u. Grauen vor unserer unerschöpflichen aus der Erde steigenden Menschen und Milliarden, kein Volk auf der Erde uns mehr angreifen wagt, dann heißt es für uns Deutsche wirklich u. allezeit: Friede auf Erden!

Darum: wer jetzt Geld für den Krieg gibt, der gibt Geld für den Frieden!

Darum: je mehr einer den Frieden liebt, desto mehr muß er Kriegsanleihe zeichnen!

Darum: wer ein künftiges glückliches Deutschland der Arbeit, Wohlfahrt und Gesittung will, der zeichne die siebente Kriegsanleihe!

Unsere glänzende Bilanz.

Schweizer Grenze, 18. Sept. In seiner Betrachtung zur Kriegslage schreibt der „Büch. Tagesanz.“: Es ist nun genau einen Monat her, daß der große Einheitsangriff der Entente an drei Fronten begann, und der Schlag schien der größte und gefährlichste, zu dem der Biververband sich aufraffte, und in der Öffentlichkeit wurden weittragende Hoffnungen genährt, und nicht nur in den eigenen, sondern auch in den neutralen und sogar den feindlichen Ländern suchte man Eindruck zu machen. Der große allgemeine Angriff ist rascher, als man erwarten konnte, zusammengebrochen, und noch geringer sind die Ergebnisse, die er den Angreifern gebracht hat. Wenn die Entente nicht nochmals zum Angriff schreitet, so schließt auch das Kriegsjahr 1917 infolge der Gewinne in Ostgalizien und bei Riga mit einem Plus zu Gunsten der Mittelmächte, wogegen die gegnerischen Gewinne bei Jpern, Verdun u. am Sponzo nicht aufzukommen vermögen, gleich wie auch das Vorjahr durch den rumänischen Feldzug weitum zu Gunsten der Mittelmächte abschloß. Es scheint doch, daß man sich auf gegnerischer Seite der Einsicht nicht mehr verschließt und die Unmöglichkeit einsieht, den Mittelmächten den Gebietsgewinn durch militärische Maßnahmen zu entreißen.

Keine russische Armee mehr!

St. Petersburg, 18. Sept. In Petersburg fand eine Sitzung statt unter Teilnahme von Rodzianko, Märschall, Fürst Trubezkoi und General Judentich. General Alexeev wies vor allem die Behauptung zurück, die Kampffront der russischen Armee habe vor der Revolution auf dem physischen Bruchpunkt beruht. Die Revolution habe der Armee einen harten Schlag versetzt. Sie habe die Soldaten in die Politik hineingezogen und sie desorganisiert und demoralisiert und die Autorität untergraben. Die unaufhörliche Unzufriedenheit der Kommandos künftige eine großartige Strategie aus. Brussilow stellte fest: man müsse zugeben, daß die russische Armee, von einigen disziplinierten Regimentern und Stoßbataillonen abgesehen, nicht mehr existiere. Eine politisierende Armee sei kampfunfähig.

§ 9. Der den vorstehenden Anordnungen zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben der Strafe kann auf Einziehung der Ratione erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gebührt oder nicht.

§ 10. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Mit dem gleichen Tage wird die Anordnung des Kreises Limburg, betreffend Versorgung mit Kartoffeln vom 20. September 1916 aufgehoben.

Nach den gesetzlichen Bestimmungen dürfen verbraucht werden:

I. von dem Kartoffelerzeuger:

a) für sich und seine Angehörigen 1 1/2 Pfund für den Kopf und Tag und zwar für die Zeit vom 15. September 1917 bis 14. Sept. 1918 = 5 1/2 Zentner;

b) an Saatgut 10 Zentner für den Morgen Anbaufläche von 1916;

c) zum Verfütteln: Kartoffeln, die nicht gefunden sind oder die Mindestgröße von 1 Zoll (2,72 Zentimeter) nicht erreichen.

II. von Verbrauchern (Kartoffelbezugsberechtigten):

a) 8 Pfund auf den Kopf und die Woche für diejenigen Verbraucher, die sich für das ganze Jahr auf Grund von Kartoffelbezugscheinen eindecken für die Zeit vom 15. September 1917 bis 3. August 1918. (46 Wochen zu je 8 Pfund) = 3 Zentner 68 Pfund einschließlich 1 Pfund Schwund wöchentlich;

b) für Schwer- und Schwerarbeiter 1 1/2 Pfund auf den Tag = 5 1/2 Zentner einschließlich Schwund für die unter a) angegebene Zeit;

c) für diejenige Verbraucher, die ihre Kartoffeln teilweise durch die Gemeinde beziehen 1 Pfund auf den Tag, für Schwer- und Schwerarbeiter 1 1/2 Pfund auf den Tag.

Die Abgabe von Kartoffeln an die Verbraucher durch Vermittlung der Gemeinde darf nur auf Grund von Kartoffelkarten erfolgen. Als Kartoffelkarte genügt in den Landgemeinden eine kurze Bescheinigung über die zu beziehende Menge. Ueber die ausgegebenen Kartoffelkarten ist seitens der Ortsbehörde eine Liste zu führen.

Der Kartoffelbedarf der Gegend und der Kriegsgefangenen, die bei industriellen Arbeitsbetrieben beschäftigt sind, ist ebenfalls auf Grund eines Bezugscheins zu beschaffen, und zwar auf der Grundlage, daß die Kriegsgefangenen, soweit sie Schwer- u. Schwerarbeiter sind, ebenfalls 1 1/2 Pfund für den Kopf u.

Ein italienischer Ministerrat.

Maßnahmen gegen Kriegsgefangene.

Rom, 18. Sept. (AB.) Dem „Tempo“ zufolge fand am Sonntagabend in Rom ein langer Ministerrat statt, der in politischen Kreisen lebhaften Eindruck hervorrief. Der Ministerrat befaßte sich mit den Zwischenfällen von Civita Vecchia, wo die Hafenarbeiter sich geweigert haben, die eingetroffenen Getreidedampfer zu löschen. Der Ministerrat hielt die vom Minister Orlando sofort getroffenen energischen Maßnahmen gut und beschloß, mit äußerster Energie jeden künftigen Versuch von Kriegsgefangenen zu unterdrücken. Ferner erörterte der Ministerrat die in ergründenden Maßnahmen, um die völlige Ruhe und die normale Arbeitsentwicklung in den Zonen sicher zu stellen, die für den Kriegsbedarf arbeiten.

Die Affäre Luzburg.

Basel, 18. Sept. Dasas meldet amtlich aus Stockholm: Der deutsche Gesandte begab sich auf Befehl seiner Regierung zum schwedischen Minister des Äußeren, um ihm anlässlich der Telegrammabgabe von Buenos Aires das Bedauern der deutschen Regierung über die Schweden erwachsenen Verlegenheiten zum Ausdruck zu bringen.

Berlin, 18. Sept. Der „Vossischen Zeitung“ zufolge veröffentlicht die Stockholm Zeitung „Aftonbladet“ eine Erklärung der deutschen Regierung in der Angelegenheit der Deutschen des Grafen Luzburg, die dem aufständigen Bedauern der Berl. Regierung über den Mord des Grafen Luzburg Ausdruck gibt und tief beklagt, daß der schwed. Regierung durch ihr dankenswerter Vermittlung Unannehmlichkeiten entstanden sind.

Deutschland.

* Eine sehr wichtige Antwort an Wilson. Münster, 17. Sept. In einer Kundgebung gegen Wilson hatte der Oberbürgermeister von Münster, Dr. Diedmann, die Bürger der westfälischen Hauptstadt in das alte Rathaus eingeladen, dessen großer Saal bis auf den letzten Platz gefüllt war. In zündenden Worten brandmarkte der Oberbürgermeister das ungeheuerliche Ansehen des amerikanischen Präsidenten, der dem deutschen Volk gegenüber, seine Staatsform zu ändern und seinem Kaiser den Stuhl vor die Tür zu setzen. Auf eine solche schamlose Zumutung müsse jeder Deutsche mit flammendem Horn erfüllt werden, und das deutsche Volk selbst müsse eine so klare Antwort darauf erteilen, daß es auch einem Wilson nicht wieder gelassen sollte, die Brandfäden des Verrats und der Verrat in das deutsche Volk zu schleudern. „Wir wissen“, so laut Redner zum Schluß, „die schamlose Aufforderung Wilsons mit Verachtung zurück, und wenn im nächsten Augenblick die Affäre des Rades der Deutschen diesen Saal durchbrausen, so wünsche ich, daß die Mägen dieses Hochlandes deutscher Treue hinabdringen möchten über den Ozean, um Herrn Wilson eine schallende moralische Ohrfeige zu versetzen. Wir geloben heute alles, was wir zu unserer Kaiser und Heere stehen wollen. Wir wollen in unerschütterlicher Treue auf Gedeih und Verderb durch Not und Tod bis zum siegreichen Frieden zu ihm halten!“

* Gegen Wilson. Die Vereinigung der deutschen Bauernvereine richtete nachstehendes Telegramm an den Reichstagskanzler:

Die in Würzburg tagenden deutschen Bauernvereine weisen mit Entrüstung die unehrliche Zumutung Wilsons zurück, das deutsche Volk möge seiner monarchischen Staatsform unterwerfen und einer einseitigen Demokratie die Wege bereiten. Unter entschlossener monarchischer Führung ist Deutschland nach außen stark geworden und erfreut sich nach innen weicher Volkswirtschaft und einer sozial. Fürsorge, um die uns der Welt beneidet u. die wir den Bedürfnissen entsprechend nach eigenem Ermeßsen weiter ausbauen werden. Eine Demokratisierung, wie sie von unsern Feinden verlangt

Tag erhalten. Der Ausstellung des Bezugscheins für Kartoffeln ist eine von der zuständigen militärischen Stelle ausgestellte Bescheinigung von dem Verpflegungsbefehlshaber beizufügen, daß der von ihm angeforderte Bedarf sich in den zulässigen Grenzen hält. Industrielle Arbeitgeber, die mehr als 100 Kriegsgefangene beschäftigen, werden durch die Heeresverwaltung mit Kartoffeln versorgt.

Kirchliches.

* Limburg, 19. Sept. Mit Termin 1. September wurde Herr Kaplan Albert Perabo, bisher freischaffender Beauftragter, zum Rektor des Krankenhaus in Dernbach und Herr Kaplan Joseph Schaefer, der bisher die Seelsorge im genannten Krankenhaus ausübte, zum Kaplan in Dernbach ernannt.

* Hadamar, 19. Sept. Nächsten Sonntag den 23. September, nachmittags 3 Uhr, ist in der Konnenkirche dahier eine 3. Ordensversammlung, in der die Mitglieder von Hadamar, Niederhadamar und der Pfarrei Oberweyer eingeladen sind.

Eine englische Aeußerung.

Haag, 18. Sept. „Daily News“ schreibt zu den in England aus Deutschland eingetroffenen Nachrichten über die Zukunft Belgiens: Wenn es wahr ist, daß Deutschland belgischen hat, seine Kontrollabteilung auf Belgien aufzugeben, so wäre der erste Schritt in der Richtung zum Frieden getan. Der Weg zum Frieden ist aber noch lang, und niemand glaubt, daß eine Aufgabe der unorganisierten Treibereien Deutschlands im Westen genügt, um den Frieden zu sichern. Aber immerhin wäre es ein wichtiger Schritt nach vorwärts, da er eine entscheidende Niederlage der Alliierten bedeuten würde. Die vollkommene Abkehr vom Völkervereinismus (Völkervereinismus) (Völkervereinismus) ist die erste Bedingung für den Frieden, und es ist Pflicht der Alliierten diese Bedingung aufmerksam zu beobachten. Deshalb wäre eine genaue Angabe unserer Kriegsziele notwendig, und wenn Deutschland wirklich seine Annexionspläne aufgibt, so wäre es eine Torheit, wenn wir nicht unsererseits unsere Kriegsziele darlegten.

Das ganze Getöse mit großen Worten englischerseits bedeutet nichts weiter als eine Rüstungs-Ranone. In Wirklichkeit hat es nicht viele Leute in Deutschland in maßgebender Stellung gegeben, welche ernsthaft an eine Annexion Belgiens gedacht haben. Die Freigabe Belgiens war ein Hauptprogramm der Vermaunischen Staatskunst. Sie ist also nichts Neues!

Franfurter Bürger-Bräuerei,
Bismarck-Straße, Bismarck-Platz 14

